

ROW-Schriftenreihe

Band 27

ISBN 3-87061-892-2

Gerrit Manssen, Bogusław Banaszak (Hrsg.)

Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa



BERLIN VERLAG
Arno Spitz GmbH

31/10631

00/PL 625 M289 W1

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

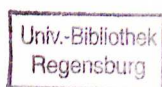
Die **Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa** / Gerrit Manssen ;

Bogusław Banaszak (Hrsg.). - Berlin : Berlin Verl. A. Spitz, 1999

(ROW-Schriftenreihe ; Bd. 27)

ISBN 3-87061-892-2

Gefördert von der Volkswagen-Stiftung



128/154/MX

© 1999 BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH, Pacelliallee 5, 14195 Berlin
Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen,
der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Am 1. und 2. Oktober 1998 fand in Vilnius eine Fachtagung zum Thema „Wahlrecht und Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa“ statt. Diese Tagung wurde von der Volkswagen-Stiftung im Rahmen des Programms „Gemeinsame Wege nach Europa - Grundlagen und Beispiele der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften“ finanziell gefördert.

Der vorliegende Band enthält die auf der Tagung gehaltenen Referate in deutscher Sprache. Die Veröffentlichung wurde durch eine Druckkostenbeihilfe der Volkswagen-Stiftung ermöglicht.

Die Herausgeber danken der Volkswagen-Stiftung sowohl für die finanzielle Förderung bei der Durchführung der Tagung als auch für die Gewährung des Druckkostenzuschusses.

Regensburg, Juli 1999

Gerrit Manssen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Prof Dr. Gerrit Manssen Einführung	9
Brigitta Scheiner Der Transformationsprozeß des Wahlrechts in Ostdeutschland	11
Barbara Stamm Das aktive Wahlrecht	27
Barbara Stamm Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich des Wahlrechtssystems	35
Dr. Egidijus Šileikis Das Wahlrecht in Litauen	43
Vytautas Sinkevičius Entwicklung des Wahlsystems zum Seimas der Republik Litauen	65
Dr. Augustinas Normantas Die Entwicklung des Kommunalwahlrechts in Litauen	73
Dr. Kęstutis Lapinskas Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit bei der Gewährleistung des Wahlrechts in Litauen	81

Inhalt

Prof. Dr. Suren Awakjan Wahlrecht und Wahlrechtssystem in Rußland	91
Dr. József Petrétei, LL.M. Das ungarische Wahlsystem	107
Prof. Dr. Bogusław Banaszak Parlamentswahlrecht in Polen	127
Agnieszka Malicka/Krzysztof Wygoda Das neue Kommunalwahlrecht in Polen	141
Prof. Dr. Zdzisław Kegel Straftaten bei Wahlen und Volksentscheiden im polnischen Strafgesetzbuch von 1997	145
Prof. Dr. Rainer Arnold Perspektiven eines europäischen Wahlrechts	149

Einführung

I.

Die Idee der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Verfassungsrechts nimmt in der rechtswissenschaftlichen Diskussion einen breiten Platz ein.¹ Sie ist erheblich vom Europarecht veranlaßt. Art. 6 des Vertrages über die Europäische Union vom 7.2.1992 in der konsolidierten Fassung des Vertrags von Amsterdam vom 2.10.1997 sieht in Art. 6 Abs. 1 bestimmte Rechtsprinzipien vor, auf denen die Union beruht. Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit. Art. 6 Abs. 2 EUV verlangt die Achtung der Grundrechte entsprechend der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und entsprechend den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedsstaaten.

Die Tagung zu den Wahlrechtssystemen in Mittel- und Osteuropa, die im Rahmen eines von der VW-Stiftung finanzierten Projektes „Gemeinsame Wege nach Europa“ durchgeführt wird, steht unmittelbar in diesem Zusammenhang. Zwar findet sie nicht innerhalb des räumlichen Bereichs der Europäischen Union statt. Die Anbindung der baltischen Staaten an die Union hat jedoch begonnen, ihr Beitritt ist letztlich eine Frage der Zeit. Der Beitritt von Polen und Ungarn zur Union ist bereits konkret absehbar. Die Russische Föderation ist zu groß, um Mitglied der Union zu werden. Die Verfassungsentwicklung dort steht jedoch ebenfalls in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Entwicklung in Europa.

Gerade der Untersuchung der Wahlrechtssysteme kommt insoweit eine besondere Bedeutung zu. Das Wahlrecht ist zunächst ein wesentlicher Indikator dafür, inwieweit die notwendigen Transformationsprozesse abgeschlossen sind. Ein funktionierendes und akzeptiertes Wahlsystem ist Voraussetzung dafür, daß ein Land in die Europäische Union aufgenom-

¹ Vgl. etwa *Müller-Graf/Riedel* (Hrsg.), *Gemeinsames Verfassungsrecht der Europäischen Union*, 1998.

men werden kann. Die Europäische Union kann nur dann demokratisch sein, wenn die Mitgliedsstaaten selbst demokratisch sind.

Zum zweiten gibt der Vergleich der Verfassungssysteme im Sinne klassischer Rechtsvergleichung Impulse für die Ausgestaltung des eigenen Rechtssystems. Insofern lohnt sich vor allem ein Blick auf die deutsche Entwicklung. Das Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 40 Jahren von der Literatur intensiv behandelt worden. Es war mehrfach Gegenstand von Entscheidungen des BVerfG. Schließlich ist die Entwicklung eines jedenfalls ansatzweise einheitlichen Wahlsystems für das Europäische Parlament eine Aufgabe, die Art. 190 Abs. 4 EGV dem Parlament stellt. Die Wahlrechtstraditionen der Mitgliedsstaaten sind deshalb von erheblicher Bedeutung für das künftige Wahlsystem zum Europäischen Parlament.

II.

Der vorliegende Band behandelt in kurzen einführenden Referaten zunächst Probleme des Wahlrechtssystems in Deutschland. Als das Hauptproblem erweist sich die Frage der Sperrklausel bei Verhältniswahlsystemen. Dies zeigen auch die Beiträge von *Šileikis* zum Wahlrecht in Litauen sowie von *Awakjan* zum russischen und *Banaszak* zum polnischen Wahlrechtssystem. Insgesamt ist eine Tendenz zu einer 5%igen Sperrklausel zu beobachten, auch auf supranationaler europäischer Ebene (siehe dazu den Beitrag von *Arnold*).

Von stetig wachsender Bedeutung ist die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit. In Deutschland hat das BVerfG seit langem Einfluß auf die gesetzgeberische Ausgestaltung des Wahlrechtssystems genommen (siehe dazu den Beitrag von *Stamm*). Trotz kürzerer rechtsstaatlicher Traditionen in den Vergleichsstaaten lassen sich jedoch auch dort wichtige Entscheidungen der Verfassungsgerichte nennen, die vor allem der Tendenz entgegenwirken, daß die politisch etablierten Kräfte ihre Interessen durch die Gestaltung des Wahlsystems untermauern.

Das Thema der Kommunalwahlen und des strafrechtlichen Schutzes standen nicht im Mittelpunkt der Tagung. Sie wurden jedoch im Hinblick auf Polen und Litauen exkursmäßig mitbehandelt. Die Referate wurden deshalb in den Tagungsband aufgenommen.

